

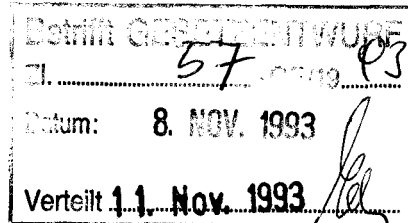
ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen Rechts

Mitglied der World Medical Association

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 Wien



WIEN, I.,
Weihburggasse 10 - 12
Postfach 213
1011 WIEN

H. Bauer

Unser Zeichen: Dr. C/Str

Ihr Schreiben vom:

Ihr Zeichen:

Wien, am 7.10.1993

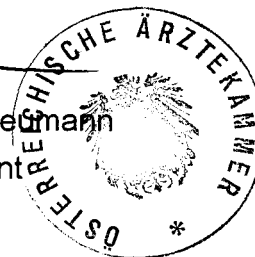
**Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchs
gesetz 1975, das Bundesgesetz über den allgemein beeideten ge-
richtlichen Sachverständigen und Dolmetscher und die Zivilprozeß-
ordnung geändert werden**

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Beilage übersendet Ihnen die Österreichische Ärztekammer 25 Ausfertigungen zu
im Betreff genanntem Entwurf.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Handwritten signature
Prim. Dr. M. Neumann
Präsident

Beilage

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen Rechts

Mitglied der World Medical Association

An das
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

WIEN, I.,
Weihburggasse 10 - 12
Postfach 213
1011 WIEN

Unser Zeichen: Dr. C/Str/3721/93 Ihr Schreiben vom: 27.7.93 Ihr Zeichen: Gz. 11.800/61-I/93 Wien, am 23.10.1993

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975, das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher und die Zivilprozeßordnung geändert werden

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Österreichische Ärztekammer erlaubt sich Ihnen folgende Stellungnahme zu oben genannten Betreff zu übermitteln:

Mit dem nunmehr vorliegenden Gesetzesentwurf sollte die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß in den gerichtlichen Verfahren die Gutachten und Übersetzungen rascher und in ausreichender Qualität zur Verfügung stehen. Auch die Verständlichkeit und die Nachvollziehbarkeit der Gutachten soll besonders gefördert werden. Im Verfahren zur Bestimmung und Bezahlung der Gebühren soll eine Konzentration und Vereinfachung, gleichzeitig aber auch eine Verbesserung des Rechtsschutzes erreicht werden. Im Hinblick auf die angespannte Budgetsituation wird eine möglichst geringe Belastung des Budgets angestrebt.

Im einzelnen soll dies durch die Einführung von Leistungsanreizen, durch Gebühren-Splitting sowie durch eine Liberalisierung der Voraussetzungen für die Eintragung in die Liste der allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen geschehen.

In den die Ärzteschaft betreffenden Bereichen ist keine augenscheinliche Besserung weder für den Arzt als Sachverständigen noch für den Arzt als Zeugen festzustellen. Die Gebührensätze sind generell gleich, egal ob durch eine Gutachtenserstellung bzw. eine Zeugenberufung verursacht.

Es ist daher jedenfalls für die Zeugengebühr als Stundensatz die seinerzeitige Regelung (versteuerbares Jahresbruttoeinkommen dividiert durch 1.800 ergibt den Stundensatz zur Berechnung der Zeitversäumnis) wieder einzuführen. Dies wäre nicht nur für einen Gerichtstermin eines Arztes als Zeugen, sondern auch für den Zeitaufwand bei der Gutachtenserstellung gerechter als die geltende Regelung.

Die mangelnde Attraktivität der Ansätze des Geb.AG. 1975 wird nicht nur von den Interessensvertretungen, sondern auch von Vertretern der Richtervereinigungen als Hauptgrund dafür genannt.

Zu § 34 Abs. 2

Die Bestimmung der Gebühr in der vollen Höhe der Einkünfte soll zulässig sein, wenn das Gutachten eine besonders ausführliche wissenschaftliche Begründung enthält und außergewöhnliche Kenntnisse auf wissenschaftlichem oder künstlerischem Gebiet voraussetzt, trotz hoher fachlicher Schwierigkeit mit besonderer Verständlichkeit erstattet wurde oder der Sachverständige durch die besondere Raschheit, mit der das Gutachten zu erstatten war oder dem besonders großen Umfang der dafür zu erbringenden Arbeitsleistung in seiner sonstigen Arbeitstätigkeit beeinträchtigt wurde. Diese Formulierung ist zu umfangreich und kompliziert, weshalb sie als Einbau eines Leistungsanreizes nicht geeignet erscheint.

Zu § 34 Abs. 2a

Der Sachverständige soll Anspruch auf eine Gebühr für Mühewaltung in Höhe seiner Einkünfte haben, wenn keine der Parteien Verfahrenshilfe genießt. Diese Möglichkeit ist allerdings auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten eingeschränkt. Arbeit- und Sozialrechtsachen bleiben davon ausgenommen; der größte Teil der Sachverständigengutachten wird eher im Sozialbereich erstellt, sodaß die erwartete positive Auswirkung dieser Maßnahmen auf die Zahl der Gutachten und die Beschleunigung des Verfahrens in diesem wichtigen Bereich nicht eintreten wird.

Wenn man davon ausgeht, daß sich etwa 5 % der gutachterlich ärztliche Tätigkeit im Rahmen des Zivilprozesses und 95 % im Sozialgerichtswesen abspielt, haben alle diese Vorschläge nur marginale Bedeutung für den gutachterlich tätigen Arzt.

Für die in den Bundesländern tätigen Kollegen - das Honorar für ein Gutachten nach dem Geb.AG. beträgt S 1.203,- - bedeutet dies allerdings insoferne eine Verschlechterung, als es sich meist um länger dauernde Verhandlungen handelt, in denen häufig Aufklärungen und Abklärungen von medizinischen Begriffen, zusammenhängenden Fragen und neu vorgebrachte Atteste zu beurteilen sind.

Sollte der Sachverständige seine Tätigkeit aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht innerhalb der vom Gericht festgelegten Frist erbracht haben, soll die Gebühr für Mühewaltung nach richterlichem Ermessen unter Bedachtnahme auf das Ausmaß der Verzögerung, das den Sachverständigen daran treffende Verschulden und die Dringlichkeit des Verfahrens um bis zu 1/4 minderbar sein. Im Hinblick darauf, daß der Gutachter durch seine hauptberufliche Erwerbstätigkeit (Praxis) ohnehin schon ausgelastet ist, stellt diese Bestimmung eine nicht zumutbare Negativmotivation dar, die strikt abgelehnt wird.

Im Entwurf wird zu § 34 b (2b) näher ausgeführt:

"Bestehen für diese Tätigkeiten gesetzlich zulässige Gebührenordnungen, solche Richtlinien oder solche Empfehlungen, so sind in der Regel die darin enthaltenen Sätze als das anzusehen, was der Sachverständige im außergerichtlichen Erwerbsleben üblicherweise bezieht."

Dieser Absatz betrifft bürgerliche Rechtsstreitigkeiten mit Ausnahme der Arbeits- und Sozialrechtssachen. Damit werden unterschiedliche Gebühren für die gleiche Leistung, unter Umständen am gleichen Patienten und Kläger, konstruiert. Ein Umstand, der strikt abgelehnt wird.

Zu § 35

Für die Zeit der Teilnahme an einer Verhandlung, einem gerichtlichen Augenschein oder einer im Auftrag des Gerichts durchgeführten Ermittlung soll der Sachverständige, soweit er dafür eine Gebühr für Mühewaltung nach Abs. 2 oder § 34 geltend macht, Anspruch auf eine besondere Gebühr für Mühewaltung für jede, wenn auch nur begonnene Stunde in der Höhe von S 350,- haben. Dies stellt eine grobe Verschlechterung und eine Minderung der ohnehin zu gering bemessenen Gebühren für den gutachterlich tätigen Arzt dar.

Zu § 35 Abs. 1 wird daher vorgeschlagen, den Betrag von S 350,- durch den Betrag von S 700,- zu ersetzen. Bei der Zeitabgeltung durch diesen Stundenbetrag handelt es sich zunächst um Zeiträume, die andernfalls voll durch Ordinationstätigkeit des Sachverständigen genützt werden können. Der tatsächliche Verdienstentgang ist wahrscheinlich noch um etliches größer als der vorgeschlagene Satz von S 700,-.

Als positiv muß herausgestellt werden, daß gemäß § 41 gegen Beschlüsse in Gebührenfragen die Möglichkeit einer Beschwerde an den übergeordneten Gerichtshof besteht.

Zusätzlich wird eine neuerliche Erhöhung der derzeitigen Gebührensätze, gefordert und folgend begründet:

Schon bei der letzten Novelle 1991 waren die damals erhöhten Sätze hinter der allgemeinen Teuerung bereits wieder zurückgeblieben und stellten lediglich ein Nachziehverfahren dar. Die Gebühren hinken bereits wieder deutlich hinter der allgemeinen Preisentwicklung nach und verweisen hier auf die bereits stattgefundene Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und fordern ein Nachziehen der Gebühren um etwa 8 %.

Um Anpassung der Gebührensätze über das Gesetz in der Zukunft vermeiden zu können, fordern wir eine jährliche, automatische Anhebung der Gebühren entsprechend der jeweiligen Anhebung der Bezüge der Bundesbediensteten.

Eine derartige Regelung wäre keine gesetzliche Novität, sondern findet bereits derzeit praktische Anwendung in § 108 a ASVG (Anpassungsfaktor).

Ergänzend erlauben wir uns anzumerken:

§ 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher und die Zivilprozeßordnung sieht vor, daß die Sachverständigen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens in einer vom Präsidenten des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien geführten Liste eingetragen sind.

Nach Ansicht der Österreichischen Ärztekammer ist diese Eintragung nur in dieser Liste zuwenig, da Sachverständige auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wohl auch bei anderen Gerichten tätig werden, sodaß sie sehr wohl auch in die vom Präsidenten des Landesgerichtes für ZRS - Wien geführten Liste einzutragen sind.

Das Hauptanliegen der Gesetzesreform des Jahres 1975 auf dem Sachverständigengebührenssektor, die Güte der Rechtssprechung dadurch zu sichern, daß "auf längere Sicht gesehen möglichst nur die besten Fachleute als Sachverständige allgemein beeidet werden", kann sicher mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf nicht erreicht werden.

Art. IV Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

Laut Art. IV ist Art. I (Änderungen des Gebührenanspruchsgesetzes 1975) ist auf die Bestimmung von Sachverständigengebühren anzuwenden, wenn der Sachverständige nach dem 1. Jänner 1994 bestellt wurde.

Dieses Datum erscheint unverständlich, da demnach für alle anderen bisher tätigen Sachverständigen, die alten Bestimmungen gelten, d. h. z. B. ohne Möglichkeit des Rekurses bzw. der Beschwerde in Sachverständigengebühren an den übergeordneten Gerichtshof.

Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß diese Novelle weder erhebliche Verfahrensbeschleunigungen bei den ärztlichen Sachverständigen bewirken, noch Ursachen für Verfahrensverzögerungen durch nicht ausreichende Zahl der verfügbaren ärztlichen Sachverständigen beseitigen wird können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prim. Dr. M. Neumann
Präsident

